

Frisch, Alfred

Article — Digitized Version

Neuordnung der europäischen und atlantischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Frisch, Alfred (1961) : Neuordnung der europäischen und atlantischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 41, Iss. 11, pp. 505-508

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133162>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

zweiges, um so weniger schlägt der Aufwertungsvorteil zu Buch oder verkehrt sich sogar in das Gegenteil. Da zudem die verbilligten Importe das inländische Preisniveau von Textilien unter Druck setzen — die textilen Erzeugerpreise stehen heute wieder auf dem Niveau des Rezessionsjahres 1958 —, dürften, insgesamt gesehen, die Aufwertungsverluste in der Textilindustrie weit größer sein als die durch die Aufwertung herbeigeführten Ersparnisse.

Insgesamt: eine Benachteiligung

Nachdem auf dem internationalen Textilmarkt eine ganze Reihe von Disparitäten zu Lasten

der deutschen Position besteht, mußte die Aufwertung zu einem zusätzlichen Faktor der Benachteiligung werden. Erinnert sei an die unterschiedlichen Zollniveaus — die Bundesrepublik ist in Europa immer noch das textile Niedrigzollland — und an die auf steuerlichem Gebiet vorherrschenden, aus internationaler Steuerstruktur und unzureichendem deutschen Steuerausgleich im grenzüberschreitenden Warenverkehr resultierenden Ungleichheiten. Für die Textilindustrie insgesamt mußte die Aufwertung auch psychologisch um so härter wirken, als ihre Motivierung — die Beseitigung der hohen deutschen Handelsbilanzüberschüsse

und die Bändigung der Hochkonjunktur — zwar weitgehend der seinerzeitigen Allgemeinsituation entsprach, nicht aber der speziellen Textillage gerecht wurde. Weder trägt die Textilindustrie zum deutschen Zahlungsbilanzaktivum bei — im Gegenteil: sie ist nicht nur der größte gewerbliche Rohstoffimporteur, sondern muß auch von Jahr zu Jahr, wie erwähnt, steigende Halb- und Fertigwarenimporte hinnehmen —, noch konnte von einer textilen Hochkonjunktur zum Zeitpunkt der Aufwertung die Rede sein — es zeichneten sich im Gegenteil vielmehr die Ansätze zu neuen Branchenrezessionen ab. (Sta.)

Alfred Frisch, Paris

Neuordnung der europäischen und atlantischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit

Am 1. Oktober ist offiziell eine neue europäisch-atlantische Wirtschaftsorganisation, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, nach dem englischen Titel mit OECD abgekürzt, an Stelle des 1947 zunächst zur Verwirklichung des Marshallplanes entstandenen Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) in Funktion getreten. Es handelt sich hierbei um ein nicht unbedeutendes Ereignis, denn es ist verbunden mit der Absicht von den USA und Kanada, sich wirtschaftspolitisch stärker an Europa zu binden, ohne daß es bereits berechtigt ist, von einer atlantischen Wirtschaftsgemeinschaft zu sprechen, nicht nur weil einige neutrale Staaten — Schweden, Schweiz und Österreich — zu den Mitgliedern der OECD gehören, sondern auch weil die USA innerlich noch sehr weit von denjenigen Vorstellungen, die in Europa zunächst zur OEEC und dann zum Gemeinsamen Markt führten, entfernt sind, denn der amerikanische Kongreß legt sehr großen Wert auf die Wahrung seiner wirtschaftspolitischen Souveränitätsrechte.

Um das Aktionsfeld, die Möglichkeiten oder die Hindernisse der neuen Organisation zu ermessen oder verstehen zu können, bedarf es einer Bilanz der OEEC und eines Rückblicks auf die Übergangsperiode, in der die Grundlagen für die OECD gelegt wurden.

Das Verdienst der OEEC

Der Europäische Wirtschaftsrat ist ein Kind des Marshallplanes und war infolgedessen einer amerikanischen Initiative zu verdanken. Die Europäer wurden von Washington aufgefordert, möglichst schnell eine Einrichtung zu schaffen, die in der Lage war, die amerikanischen Hilfskredite gerecht zu verteilen und für einen möglichst koordinierten europäischen Wiederaufbau bei gegenseitiger Hilfe Sorge zu tragen.

Es war ein glücklicher Gedanke, daß von Anfang an die OEEC unter Verankerung der Grundsätze einer weitgehenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine sehr elastische Satzung erhielt. Es wäre denkbar gewesen, nur eine Verteilungsstelle für die amerikanische Hilfe zu schaffen und nicht an die Zukunftsaufgabe der europäischen Wirtschaftseinheit zu denken. Ohne die OEEC und ihre wertvolle Vorarbeit wären wahrscheinlich der Schumanplan und anschließend der Gemeinsame Markt nicht möglich gewesen.

Ab 1948, als die OEEC-Konvention in Kraft trat, arbeiteten dynamische und weitsichtige Kräfte unverzagt an dem Wachstum der Zusammenarbeit und am Gedeihen der europäischen Idee. Die Organisation trifft keine Schuld, wenn sich später der europäische Zusammenschluß auf sechs Länder beschränkte. Sie unterließ keine Gelegenheit, um alle ihre Partner auf allen Gebieten zu einer engeren Zusammenarbeit zu veranlassen, nicht nur für den Warenverkehr, sondern auch für die Kapitalbewegungen, die Freizügigkeit der Arbeitskräfte, die Koordinierung der Produktionskapazitäten, die Wirtschaftspolitik, die Zölle, usw. Natürlich war sie an die Regel der Einstimmigkeit gebunden. Nicht wenige ihrer Initiativen scheiterten vor allem am britischen Widerstand, an dem ununterbrochenen Bestreben Londons, der OEEC nur ein beschränktes, sich mehr oder weniger aus dem Marshallplan ergebendes Aktionsfeld zu überlassen.

Der ersten Etappe, der amerikanischen Hilfe, die zu einer schnellen Gesundung der europäischen Verhältnisse und zur Stärkung der Konkurrenzfähigkeit mit einigermaßen ausgeglichenen Zahlungsbilanzen in einem guten Teil der Mitgliedstaaten führte, folgte der Kampf der OEEC gegen die Einfuhrkontingente und alle sonstigen Schranken, die sich dem freien

Verkehr von Waren, Zahlungen, Personen und Dienstleistungen entgegenstellten. Schrittweise, nicht ohne Rückschläge und auch nicht ohne Pannen, wurde ein Liberalisierungsprogramm verwirklicht, hauptsächlich für den Warenverkehr. Das eine oder andere Land hatte in dieser Zeit mit vorübergehenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu kämpfen. Liberalisierungsmaßnahmen mußten rückgängig gemacht werden, Hilfsaktionen mit entsprechenden Krediten wurden von der OEEC teilweise in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds eingeleitet. Wertvolle Dienste leistete in dieser Zeit die Europäische Zahlungsunion mit ihrem Clearingsystem und ihren Ziehungsrechten. Sowohl die Bundesrepublik wie auch Frankreich und Großbritannien verdankten damals der Organisation den Ausweg aus peinlichen Notlagen.

Neue Aufgabengebiete

Ihre doppelte Mission des europäischen Wiederaufbaues und einer weitgehenden Liberalisierung des Handels- und Zahlungsverkehrs hatte die OEEC zu einem guten Teil erfüllt, als im Anschluß an die Konferenz von Messina die Sechsergruppe der Montanunion 1955 mit der Ausarbeitung eines Vertrages für einen Gemeinsamen Markt begann.

Damals stand die Organisation vor der Notwendigkeit, nach einem neuen Aktionsfeld Ausschau zu halten. Die Konvertierbarkeit der Währungen und hiermit das Ende der Europäischen Zahlungsunion in ihrer bisherigen Form rückte in Reichweite. Es wäre erforderlich gewesen, sich um den Abbau der Zollmauern zu kümmern und auf anderem Gebiet um die Entwicklungshilfe, d. h. um die Koordinierung der europäischen Aktion in Afrika. Weitere Möglichkeiten boten die technischen Ausschüsse für die einzelnen Industriezweige mit koordinierten Investitionsprogrammen, der Ausarbeitung einer gemeinsamen Politik gegenüber dem Osten oder Ländern mit niedrigen Produktionskosten. Einen gewissen neuen Höhepunkt erreichte die OEEC mit der Suezkrise, als sie verpflichtet war, in enger Zusammenarbeit mit den USA die europäische Rohölversorgung im Geiste der Solidarität sicherzustellen.

An Vorschlägen und Initiativen für die Belebung der Einrichtung mangelte es nicht, wohl aber an politischer Bereitschaft, sie tatsächlich zu stützen. Der stärkste Widerstand sowohl für die Zölle wie für die Entwicklungshilfe ging von Großbritannien aus. Die Organisation verlor sich so in einer wenig dynamischen Routine, indem sie sich ohne echte Überzeugung mit Liberalisierungsfragen, technischen Einzelheiten und Zahlungsproblemen befaßte.

Die Einigung Europas

Die Unterzeichnung des Vertrages von Rom, die drohende Spaltung Europas in zwei Wirtschaftsgruppen und der anschließende Versuch, eine große europäische Freihandelszone in Ergänzung des Gemeinsamen Marktes zustande zu bringen, rückte plötzlich die OEEC wieder in den Mittelpunkt des internationalen Interesses. Von Mitte 1957 bis Ende 1958 fanden in den

Räumen der OEEC häufige, teilweise leidenschaftlich geführte Gespräche in Anwesenheit von Sachverständigen, Staatssekretären und Ministern statt. Sie konnten keine Ergebnisse bringen, weil die Ausgangspositionen des Gemeinsamen Marktes und Großbritanniens mehr als unvereinbar waren, weil es keine denkbare Brücke gab zwischen einer Wirtschaftsunion und einer Zollunion.

Vielleicht hätte ein geschicktes Generalsekretariat beschränkter Kompromissen den Weg ebnen und vor allem eine Vergiftung der Atmosphäre verhindern können. Bedauerlicherweise fühlte sich der damalige Generalsekretär der Organisation, René Sergent, im falsch verstandenen Interesse seiner Einrichtung veranlaßt, aus der ihm natürlicherweise aufgezwungenen Neutralität herauszutreten und sich für die Freihandelszone sowie gegen den Gemeinsamen Markt einzusetzen. Hierdurch rückte er die OEEC in ein schiefes Licht und übernahm eine nicht zu unterschätzende Verantwortung für ihre anschließende politische Entwertung.

Der Fehlschlag der Freihandelszonenverhandlungen löste infolgedessen für die Organisation eine schwere Krise aus. Bis 1960 fristete sie nur mühselig ihr Dasein, ohne neue Initiativen, um laufende, an sich wenig wichtige Geschäfte bemüht, hauptsächlich um die weitere Aufrechterhaltung ihres umfangreichen Apparates zu rechtfertigen.

Gegen Ende 1959 trat der amerikanische Unterstaatssekretär für Wirtschaftsfragen im Außenministerium, der jetzige Finanzminister Präsident Kennedys, Douglas Dillon, in den ziemlich steril gewordenen Streit um den Brückenbau zwischen dem Gemeinsamen Markt und der von Großbritannien angeführten europäischen Gruppe ein und untersuchte die Möglichkeit, der OEEC eine neue Orientierung zu geben, nicht zuletzt im Hinblick auf die sich in diesem Augenblick bemerkbar machende und zunehmend drohender werdende amerikanische Dollarkrise. Dillon hielt eine gründliche europäische Kehrtwendung für zweckmäßig. Nachdem die USA die OEEC gründen ließen, um auf diese Weise den Europäern zu Hilfe zu kommen, erschien es nunmehr zweckmäßig, eine europäische Unterstützung für die USA im atlantischen Sinne zu organisieren.

In diesem Augenblick begann eine eifrige Diskussion über Schicksal und Struktur der Organisation. Die USA, die ihre Bereitschaft zur Vollmitgliedschaft bekanntgaben, wünschten einen völligen Neubau. Großbritannien, Schweden und die Schweiz verteidigten eifrigst die handelspolitischen Funktionen der OEEC, weil sie weiterhin an den Brückenbau glaubten. Die Bundesrepublik hielt sich auf halbem Wege zwischen den beiden Extremen, während Frankreich eine erhebliche Gleichgültigkeit an den Tag legte und die einfache Liquidierung der OEEC gern hingenommen hätte.

Die USA interessierten sich vor allem für die Entwicklungshilfe und eine gewisse währungstechnische Stützung des Dollars, andere Länder für die Handelspolitik. Es entbrannte ein harter Kampf um die Auswahl

der gültig bleibenden Beschlüsse der OEEC und besonders um den Liberalisierungskodex, der schließlich in Anbetracht des amerikanischen Widerstandes weitgehend fallengelassen werden mußte. Das entscheidende Argument war das Mißtrauen des amerikanischen Kongresses gegenüber jeder wirtschaftspolitischen Beschränkung der amerikanischen Souveränität. Die neue Konvention mußte daher möglichst lose abgefaßt werden unter Vermeidung jeder Koordinierungstendenz. Man darf feststellen, daß sich die USA in dieser Beziehung nach erfolgter Ratifizierung der Konvention durch ihr Parlament großzügiger zeigten und infolgedessen für die neue Einrichtung nicht unerhebliche empirische Entwicklungsmöglichkeiten gegeben sind.

Der neue Bau

Die Richtlinien für die zukünftige OECD wurden von einer Ministerkonferenz am 23. Juli 1960 festgelegt. Sie ernannte einen neuen Generalsekretär in der Person des dänischen Professors Thorkil Kristensen und beauftragte einen vorbereitenden Ausschuß, der vom 14. September bis 23. November 1960 tagte, mit der Ausarbeitung der Satzungen. Die neue Konvention wurde von einer weiteren Ministerkonferenz, wieder in Paris, am 14. Dezember 1960 unterzeichnet und inzwischen ordnungsgemäß von den Mitgliedstaaten ratifiziert.

Worin unterscheidet sich im wesentlichen die OECD von ihrer Vorgängerin, der OEEC? Zunächst durch die Erweiterung des Mitgliederkreises auf die USA und Kanada. Die OEEC hatte sich nur um europäische Wirtschaftsfragen bei mehr oder weniger loser Zusammenarbeit mit Amerika zu kümmern, die OECD geht weit über den europäischen Rahmen hinaus. Das Schwergewicht verlagerte sich außerdem von der Handels- und Zollpolitik auf die Entwicklungshilfe und die Konjunkturpolitik. Lange bestand die Absicht, der Organisation keinen handelspolitischen Ausschuß mehr zu lassen. Der Versuch scheiterte am Widerstand Skandinaviens, der Schweiz und Österreichs bei diskreter Unterstützung Großbritanniens. Alle handelspolitischen Fragen müssen jedoch in Zukunft unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Welthandels und des GATT's beurteilt werden. Es bestand von Anfang an die klare Absicht, sowohl der USA wie Frankreichs, die OECD vor neuen Verhandlungen des Brückenbaues und der Freihandels-

zone zu bewahren. Trotzdem kann die Organisation kaum daran gehindert werden, sich in Zukunft mit diesen Fragen zu befassen. Vorläufig steht die Währungs- und Konjunkturpolitik im Vordergrund.

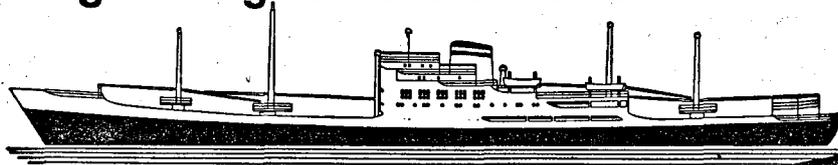
Der wirtschaftspolitische Ausschuß kann sich bereits auf zwei Arbeitsgruppen stützen. In der einen, die für das wirtschaftliche Wachstum zuständig ist, sind alle Mitgliedstaaten vertreten, in der zweiten, die den Währungsfragen vorbehalten ist, tagen nur die Sachverständigen der Mitgliedstaaten des Direktoriums des Europäischen Währungsabkommens und der USA.

Der Ausschuß für Entwicklungshilfe: DAG

Von Anfang an legte Washington großes Gewicht auf erhöhte europäische Leistungen zugunsten der Entwicklungsländer, nicht nur aus politischen Gründen, sondern auch zur Entlastung der USA. In Erwartung der OECD wurde daher bereits im Januar 1960 eine besondere Beistandsgruppe für die Entwicklungshilfe gegründet, die unter der Bezeichnung DAG bekannt ist. Hieran beteiligten sich Belgien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Portugal, Großbritannien und die USA, d. h. die sogenannten Geberstaaten; außerdem wurde Japan, das zumindest eine Assoziation mit der OECD begrüßen würde, aufgenommen. Der DAG begnügte sich zunächst mit einer Reihe von Konferenzen zur Klärung verschiedener Fragen der Entwicklungshilfe und zur Ermittlung seiner Aktionsmöglichkeiten. Das erste Treffen fand im März 1960 in Washington statt, das zweite im Juli 1960 in Bonn, das dritte im Oktober 1960 in Washington, das vierte im März 1961 in London und das fünfte im Juli 1961 in Tokio.

Ohne Änderung des Mitgliederbestandes wandelte sich der DAG inzwischen in einen Ausschuß für Entwicklungshilfe der OECD um, allerdings mit einer nicht geringen Autonomie, denn er arbeitet unter der Verantwortung eines vollamtlich beschäftigten Präsidenten, des ehemaligen amerikanischen Botschafters Riddleberger, bei einem nur halbamtlich tätigen französischen Vizepräsidenten. Das Sekretariat des Entwicklungsausschusses stellt die OECD, die ihrerseits eine besondere Abteilung für Entwicklungshilfe mit einem hierfür beigeordneten stellvertretenden Generalsekretär unterhält. Der Entwicklungsausschuß muß regelmäßig dem Rat der OECD Bericht erstatten. Man

Regelmäßige Liniendienste nach allen Teilen der Welt



HAMBURG-AMERIKA LINIE



**HAMBURG I
BALLINDAMM 25**

befindet sich demnach einer recht komplizierten, in Zukunft wahrscheinlich nicht reibungsfreien Konstruktion gegenüber.

Koordinierung oder Fehlschlag?

Über der OECD steht ein großes Fragezeichen. Wenn sie nur der Konsultation, einer mehr oder weniger unverbindlichen Unterhaltung über wirtschaftspolitische Fragen aller Art dient, kann sie wenig erreichen, muß auch ihr Sonderausschuß für Entwicklungshilfe enttäuschen. Der Schlüssel ihres Erfolgs liegt in der Bereitschaft der Mitgliedstaaten zur Koordinierung, zur schrittweisen Verwirklichung einer einheitlichen westlichen Politik auf allen Gebieten.

Als in der letzten Phase der OEEC die deutsche Delegation auf Initiative von Staatssekretär Professor Müller-Armack mit koordinierenden Absichten eine konjunkturpolitische Aktion vorschlug und um die Annahme eines Kodex des guten konjunkturellen Verhaltens, d. h. um die Anpassung der nationalen Wirtschaftspolitik an die allgemeinen europäischen Erfordernisse, nachsuchte, stieß sie bei Großbritannien und auch bei den USA auf wenig Verständnis. Während der langen vorbereitenden Verhandlungen für die OECD ging, wie bereits erwähnt, die amerikanische Delegation, übrigens zusammen mit der kanadischen, dem Begriff der Koordinierung stets aus dem Wege, nicht nur mit Rücksicht auf den Kongreß und seine wirtschaftliche Souveränitätsempfindlichkeit, sondern zu einem guten Teil, weil das Gefühl für Koordinierung der angelsächsischen Welt noch völlig fremd ist. Es bedarf auch in Europa großer Anstrengungen sowie einer gewissen nationalen Selbstüberwindung, um für Koordinierungsgedanken das erforderliche Verständnis aufzubringen. Man kann sogar noch einen Schritt weitergehen und behaupten, daß bisher jeder

Koordinierungsversuch gescheitert ist, sofern nicht eine verantwortliche und handlungsbefähigte Autorität, die gemeinsam verbindliche Entscheidungen vorschreiben kann, vorhanden ist, d. h. es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Koordinierung und praktisch, wenn auch nicht notwendigerweise juristisch supranationaler Behörden.

Die bisherige Tätigkeit des wirtschaftspolitischen Ausschusses der OECD, die noch in der Schlußperiode der OEEC im Frühjahr und Sommer 1961 eingeleitet wurde, erwies sich in dieser Beziehung als enttäuschend. Großbritannien erkundigte sich zwar nach der Meinung der Organisation über sein Ende Juli veröffentlichtes wirtschaftliches Notprogramm, es entzog sich aber jeder echten Konsultation, es vermied sorgfältig, den Europäischen Währungsfonds um einen Kredit zu ersuchen, weil es wußte, daß er in diesem Falle wirtschaftspolitische Bedingungen stellen kann und muß, es unterrichtete die Organisation schließlich über seine Beschlüsse im gleichen Augenblick wie das eigene Parlament.

Auch für die Entwicklungshilfe ist die Koordinierung noch keineswegs sichergestellt. Über Hoffnungen kam man bisher nicht hinaus. Keine der maßgebenden Regierungen, weder die USA noch Großbritannien, machten bindende Zusagen. Daß die OECD bis auf weiteres nicht in der Lage ist, das bilaterale System durch eine regionale, multilaterale Ordnung der Entwicklungshilfe zu ersetzen, weiß jedermann. Leider ist aber auch zu befürchten, daß man vorläufig nicht zur Koordinierung gelangt, sondern lediglich zur Information, zum Erfahrungsaustausch und zur Konsultation. Es wäre natürlich höchst erfreulich, wenn diese pessimistische Vorschau recht bald durch die Aktion der neuen Organisation widerlegt würde.

Großbritanniens Wünsche beim Beitritt zur EWG

Die britischen Unterhändler, die sich jetzt anschicken, mit ihren Kollegen aus den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die komplizierten Einzelheiten für Englands Mitgliedschaft auszuarbeiten, haben wenigstens keine Opposition daheim zu fürchten. Die Gewerkschaften sprechen nicht mehr von kontinentalem „Lohndruck“; ihre politischen Vertreter pochen zwar auf ihr Recht zu opponieren, sehen aber von einer Kritik zur Sache selbst ab. Industrielle, die kontinentale Konkurrenz fürchten, schweigen, um sich nicht dem Verdacht mangelnder Leistungsfähigkeit auszusetzen. Die englischen Landwirte, die mit den französischen Bauern zusammengekommen sind, um sich über gemeinsame Probleme zu unterrichten, bekunden hoffnungsvoll ihr Vertrauen,

daß die Regierung ihre Interessen wahrnehmen wird. Auch die Commonwealth-Interessenten zeigen viel mehr Verständnis für Englands Dilemma, als nach den Streitigkeiten auf der Konferenz von Accra zu erwarten war.

Drei problematische Gebiete

Unter diesen Umständen konnte die britische Regierung die früher üblichen Vorbehalte fallen — oder wenigstens unausgesprochen — lassen und den Vertrag von Rom einschließlich seiner politischen Ziele grundsätzlich akzeptieren. Daß es langwieriger und hartnäckiger Verhandlungen bedarf, um die lebenswichtigen Interessen des Landes und seine Verpflichtungen anderen gegenüber zu sichern, weiß man in England sehr wohl, aber man hofft auf wohlwollende Prüfung der bri-

tischen Wünsche, nachdem die englische Regierung durch die Annahme der von den EWG-Mitgliedern für sich selbst vereinbarten Pflichten ihr möglichstes getan hat, den Verdacht, daß sie es mit ihrer Mitarbeit nicht ernst meine, zu zerstreuen.

Vor allem handelt es sich um drei Gebiete, auf denen Englands Mitgliedschaft in der EWG besondere Probleme aufwirft: die Landwirtschaft, das Commonwealth und die anderen Länder der Freihandelszone.

Die Landwirtschaft

Was die Landwirtschaft betrifft, so hat der zuständige britische Minister angekündigt, daß das System garantierter Preise auf alle Fälle in Richtung auf das kontinentale Schutzsystem mittels Regulierung